

### Erstveröffentlichung

### 1. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis

1 Cf. dazu jüngst Leser, Norbert/ Sailer-Wlasits, Paul (Hg.): *Als die Republik brannte. Von Schattendorf bis Wien. Wien-Klosterneuburg*: Ed. Va Bene 2001.

2 Cf. Leser, Norbert: *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*. Wien: Europa 1968.

3 Cf. z.B. Kulemann, Peter: *Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur*. Hamburg: Junius 1982, p. 13.

4 Cf. zur Rezeption des Austromarxismus ausführlich Butterwege, Christoph: *Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen*. Marburg: Arbeit u. Gesellschaft 1991, pp. 19-31.

Wenige Phänomene der politischen Geschichte Österreichs scheinen für die Diskussion des Theorie-Praxis-Problems auf ähnliche Weise prädestiniert zu sein, wie dies beim Austromarxismus der Fall ist. War der Austromarxismus tatsächlich durch radikale Phrase und reformistische Praxis gekennzeichnet? Die Defensivformel von den »Mitteln der Diktatur« im *Linzer Programm* von 1926, mit denen sich die Sozialdemokratie gegen die Bourgeoisie zu wehren gedachte, wenn es zur Sabotage gegen die noch relativ junge Republik kommen sollte, schien dafür einen hervorragenden Beleg abzugeben. Ihr Attentismus und ihre Beruhigungstaktik – sowohl in Folge der Ereignisse um den Justizpalastbrand vom 15. Juli 1927<sup>1</sup> als auch durch ihr Zögern bei den Februarkämpfen 1934 – schienen hingegen für eine reformistische Praxis zu sprechen, die den durch Verbalradikalismus erzeugten Erwartungen nicht zu entsprechen vermochte. In der Rezeptionsgeschichte des Austromarxismus hat daher das Spannungsverhältnis von Theorie und Praxis immer wieder ausführliche Beachtung gefunden. Gerade die Widersprüchlichkeit zwischen radikaler Agitation und zurückweichender Praxis ist im bereits Ende der sechziger Jahre erschienen Standardwerk *Zwischen Reformismus und Bolschewismus* von Norbert Leser für das Scheitern des Austromarxismus verantwortlich gemacht worden: Ein Zickzackkurs, bei dem sich linke und rechte Positionen gegenseitig blockierten, hätte verhindert, dass der Austromarxismus in den Schlüsseljahren 1918, 1927 und 1934 zu einer mit seiner Programmatik übereinstimmenden politischen Praxis gelangt wäre.<sup>2</sup> Während rechten Kritikern die Demokratieuntauglichkeit der austromarxistischen Theorie ohnedies eine ausgemachte Sache schien, interpretierten linke Kritiker diese als »Legitimationsideologie«, die vielfach erst *post festum* formuliert worden wäre.<sup>3</sup> Allein die hier nur angedeutete Bandbreite der Austromarxismus-Rezeption,<sup>4</sup> verweist auf dessen Faszination als politisches Phänomen.

Zwar ist die Forschungskonjunktur mittlerweile weitgehend verebbt, seit sich jene Forschergeneration, die in den siebziger und achtziger Jahren das Thema z.T. wohl auch aus identifikatorischen Gründen behandelte, anderen Fragestellungen zugewandt hat, und die Beschäftigung mit marxistischer Theoriegeschichte ist seit dem Fall der Berliner Mauer ohnedies mit dem fahlen Beigeschmack des Anachronismus umgeben. Doch oft sind es gerade jene zeitlichen Distanzen, die das Blickfeld für die Bedeutung eines historischen Phänomens – in diesem Fall des Austromarxismus – wieder frei machen. Nicht nur für die politische Theorie, sondern auch für die Kulturgeschichte ergeben sich so interessante Einblicke. Die austromarxistischen Protagonisten jedenfalls, Victor Adler, Karl Renner, Otto Bauer, Max Adler und Friedrich Adler waren – auf unterschiedliche Weise – unmittelbar in die politische Praxis der *Sozialdemokratischen Partei* involviert. Sie definierten aber auch zu wesentlichen Teilen deren politische Theorie in Gestalt eben jener österreichischen Spielart des Marxismus, die einen dritten Weg zwischen dem Reformismus der deutschen Sozialdemokraten und dem Bolschewismus sowjetischer Provenienz beschreiten wollte. Im Rahmen der austromarxistischen Theorie kam es zur Formulierung einer ganzen Reihe höchst origineller Beiträge zu politischen, ökonomischen und nicht zuletzt kulturellen Fragestellungen, was auch damit zusammenhing, dass die führenden politischen Repräsentanten sich auch als Vertreter ihrer jeweiligen wissenschaftlichen Disziplinen verstanden oder genauer: aus bestimmten Disziplinen kommend diese disziplinären Grenzen überschritten und auf interdisziplinäre, oft eklektizistische Weise originelle Ansätze zur Gesellschaftstheorie formulierten. Darüber hinaus kreierte der Austromarxismus abseits der Tagespolitik ein innovatives Wissenschaftsmilieu, das insbesondere im außeruniversitären Bereich, in der Volks- und Arbeiterbildung, bemerkenswerte Aktivitäten entfaltete und Impulse setzte, die trotz einer ganzen Reihe einschlägiger Arbeiten mit Sicherheit noch nicht hinreichend erforscht worden sind.

Die Behandlung der Nationalitätenfrage durch führende Austromarxisten ist genau in diesen Kontext zu stellen: Sie war zunächst mit der Fragestellung, wie ein sich als marxistisch verstehender Ansatz zur Nationalitätenproblematik in die politische Praxis des real existierenden Vielvölkerstaates integrierbar sein sollte, verbunden: Als Lösung einer drängenden Frage der Herrscher der Habsburgermonarchie nämlich musste es nicht unbedingt ein Anliegen der Austromarxisten sein, das friedliche Zusammenleben im »Völkerkerker« zu organisieren.

5 Nimni, Ephraim: Nationalist Multiculturalism in Late Imperial Austria as a Critique of Contemporary Liberalism: The Case of Bauer and Renner. In: *Journal of Political Ideologies* 4 (3) (1999), pp. 289-314.

6 Pfabigan, Alfred: Die austromarxistische Denkweise. In: Löw, Raimund/ Mattl, Siegfried/ Pfabigan, Alfred (Hg.): *Der Austromarxismus. Eine Autopsie. Drei Studien*. Frankfurt/M.: ISP 1986, pp. 102-113 und Ders.: Kritische Anmerkungen zur »Politikfähigkeit« austromarxistischer Lösungsvorschläge des Nationalitätenproblems der Donaumonarchie. In: Fröschl, Erich/ Mesner, Maria/ Ra'anan, Uri (Hg.): *Staat und Nation in multiethnischen Gesellschaften*. Wien: Passagen 1991, pp. 93-104.

Sollten sich die republikanischen Sozialdemokraten Sorgen um ein Staatswesen machen, an dessen Erhalt ihnen – theoretisch – nicht viel gelegen sein konnte? Darüber hinaus brachten zwei wesentliche Vertreter des Austromarxismus aber auch wissenschaftliche Beiträge zur Nationentheorie ein, namentlich Karl Renner und Otto Bauer. Verfolgte Renner hier einen juristischen staatswissenschaftlichen Ansatz, der bereits sehr konkrete Lösungsansätze für das Zusammenleben der Nationalitäten vorsah, so versuchte Bauer viel grundsätzlicher, das Nationalitätenproblem aus der marxistischen Geschichtsphilosophie heraus zu interpretieren, nicht ohne dabei in der Konsequenz von vielen Klassikern des Marxismus abzuweichen, die in der nationalen Frage einen jener Nebenwidersprüche entdeckt hatten, die in der klassenlosen Gesellschaft naturgemäß nach der Auflösung des Hauptwiderspruches obsolet werden müssten, weil nationale Besonderheiten sukzessive an Bedeutung verlören. Ergänzten sich Renner und Bauer aber in den theoretischen Prämissen und grundsätzlichen Überzeugungen zur Nationalitätenfrage, so sollten sie doch in der politischen Praxis in einem ganz entscheidenden historischen Moment zu unterschiedlichen Konsequenzen gelangen.

Über den anvisierten historischen Kontext hinaus kann die Frage von Nation und Kultur als Problem gesehen werden, mit dem sich auch die demokratischen Gesellschaften des beginnenden 21. Jahrhunderts konfrontiert sehen: Inwieweit Renners und Bauers Rezepte hier eine Weg weisen könnten und Anregungen zum komplexen Problem des Multikulturalismus zu leisten vermögen, wurde unterschiedlich gesehen. Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, die Nationalitätentheorie dieser beiden führenden Exponenten des Austromarxismus mit dessen Kulturtheorie zu verknüpfen bzw. aus dieser heraus zu interpretieren. Dabei wird deutlich: Das von Autoren wie Helmut Gruber (1991) oder Anson Rabinbach (1989) für den Austromarxismus konstatierte Auseinanderfallen von emanzipatorischem Postulat und paternalistischer Praxis spiegelte sich auf interessante Weise in dessen Nationalitätentheorie zur Zeit der Habsburgermonarchie: Sie wurde – retrospektiv – als national(istisch)er Multikulturalismus mit aktueller Problemlösungskapazität,<sup>5</sup> aber auch als an der deutschen Klassik orientierte Kulturmission ohne Sensibilität für die Anliegen der nicht-deutschen Nationen<sup>6</sup> interpretiert, deren politische Relevanz naturgemäß sehr unterschiedlich bewertet werden musste. In diesen kontroversiellen Einschätzungen spiegeln sich Brüche und Widersprüche, die in der Kulturtheorie und in der Nationalitätentheorie des Austromarxismus selbst angelegt sind. Die führenden Austromarxisten definierten sich ganz klar als Angehörige der sozial, wirtschaftlich und kulturell führenden Nation in der Monarchie. Gerade was den Kulturbegriff betrifft, wurde diese Hierarchisierung immer wieder hervorgehoben. Der Beitrag skizziert die wichtigsten Argumentationslinien der beiden kongenialen politischen Theoretiker zur Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie und stellt den Diskurs in einen historischen und politischen Kontext, der es erlaubt, sowohl Kontinuitäten als auch Bruchlinien zu bestimmen.

7 Butterwege 1991, p. 61f.

## 2. Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage

Gerade die Sozialdemokratie im Habsburgerstaat musste sich im Spannungsfeld Nationalismus – Internationalismus positionieren. Denn sowohl auf der Ebene des Staates als auch auf jener der Partei war die Existenz unterschiedlicher nationaler Gruppen mit Spannungen und Konflikten verbunden. Die Frage lautete, wie sich marxistische Theorie und ein multiethnischer Staat in Einklang bringen ließen. Soll die nationale Kultur bewahrt – oder sollten nationalspezifische kulturelle Ausdrucksformen in einer künftigen Gesellschaft zum Verschwinden gebracht werden? Waren alle Nationalkulturen gleichberechtigt oder gab es tatsächlich jene Überlegenheit des Deutschtums, einer vom deutschen Idealismus geprägten Kultur, für welche die führenden Austromarxisten so eindeutige Sympathien hegten? Besonders »rechte« Sozialdemokraten wie Engelbert Pernerstorfer artikulierten ganz eindeutig die Botschaft von der notwendigen kulturellen Vormachtstellung der deutschen Nation.

Die Sozialdemokratie musste sich nicht zuletzt deshalb mit der Nationalitätenfrage auseinander setzen, weil die Frage ihrer politisch-organisatorischen Struktur unmittelbar davon betroffen war. Der Parteitag 1874 in Neudörfel konstituierte eine internationalistisch orientierte gemeinsame Organisation in einem multinationalen Staat. Tschechische und deutsche Arbeiter konnten zusammengeführt werden, föderalistische Parteistrukturen wurden etabliert (Länderkomitees in den einzelnen Kronländern), die Forderung des »Selbstbestimmungsrechts der Nationen« erhoben.<sup>7</sup> 1897 – acht Jahre zuvor (1889) hatte im niederösterreichischen Hain-

8 Blum, Mark A.: The Austro-Marxists 1890-1918. A Psychobiographical Study. Lexington/Kent.: Kentucky UP 1985, p. 22.

9 Butterwege 1991, p. 121.

10 Cf. Brünner Programm, zit. n. Berchtold, Klaus: Österreichische Parteiprogramme 1868 bis 1966. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik 1967, p. 144f.

11 Butterwege 1991, p. 96.

12 Zit. n. Berchtold 1967, p. 145.

13 Cf. Mommsen, Hans: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Bd. 1: Das Ringen um die supranationale Integration der zisleithanischen Arbeiterbewegung (1867-1907). Wien: Europa 1963, p. 331.

feld der »Einigungsparteitag« der *Sozialdemokratischen Partei* stattgefunden – etablierte die Bewegung am *Wimberger Parteitag* föderalistische Strukturen. Damit war v.a. beabsichtigt, separatistischen Bestrebungen innerhalb der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen.<sup>8</sup> Die österreichische Gesamtpartei gliederte sich seit dem *Wimberger Parteitag* 1897 in verschiedene nationale Gruppen (Deutsche, Italiener, Polen, Ruthenen, Südslawen, Tschechen).<sup>9</sup>

Zur ausführlichen programmatischen Befassung der Sozialdemokratie mit der Nationalitätenfrage kam es aber erst auf dem Gesamtparteitag in Brünn (24. bis 29. September 1899). Dieser verabschiedete ein eigenes Nationalitätenprogramm, was freilich zu einem Zeitpunkt geschah, als die Monarchie schon sehr deutliche Krisensymptome zeitigte. Politischen Fragen im engeren Sinne wurde eher ausgewichen, was auf bereits vorhandene Spaltungstendenzen innerhalb der Partei verwies, sowie auf Spannungen, die insbesondere zwischen der deutsch-österreichischen Gliedpartei und den tschechischen Führungsgremien existierten.

Das *Brünner Programm* forderte die Umbildung Österreichs in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat. Es sollten national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet werden, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch sog. »Nationalitätenkammern« besorgt wird. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete ein und derselben Nation bildeten demzufolge gemeinsam einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgen könnte. Jede Nation hätte das Recht auf nationale Existenz und nationale Entwicklung. Gleichzeitig wurde aber auch betont, dass nur die Geschlossenheit und Solidarität der Arbeiterklasse den erwünschten Kulturfortschritt bringen könne, nicht der nationale Streit gegeneinander.<sup>10</sup>

»Das Brünner Programm abstrahierte von den sozialen Grundlagen der nationalen Gegensätze, reduzierte die Nationalitätenfrage auf ein politisch-kulturelles Überbauphänomen und isolierte sie vom ökonomischen Basisbereich, wo ihre Wurzeln lagen«, kritisiert Christoph Butterwege.<sup>11</sup> Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das im *Neudörfler Programm* von 1874 noch verankert gewesen war, kam hier nicht mehr zur Sprache. Das *Brünner Programm* wurde daher als Arrangement der Sozialdemokratie mit der Monarchie interpretiert. Die Nationalitätenfrage schien darin vorrangig als Sprachenproblem, als Nebenwiderspruch, der mit dem Sozialismus auflösbar wäre. Und auch den angesprochenen »Nebenwidersprüche« wich der Text aus, sobald konkrete Lösungen formuliert werden mussten. Zwar wurde etwa der Gedanke einer einheitlichen Amtssprache verworfen, inwieweit eine Vermittlungssprache notwendig sein, »wird das Reichsparlament bestimmen«<sup>12</sup>. Durch die Anerkennung des Habsburgerstaates als eines Nationalitätenbundesstaates aber wurde die Sozialdemokratie zu einem entscheidenden staaterhaltenden Faktor.

Inwieweit die sozialdemokratischen Vorschläge geeignet gewesen wären, das Auseinanderfallen des Staates zu verhindern, kann hier nicht diskutiert werden und wäre ohnedies eine höchst spekulative Frage. Die Sozialdemokratie beschritt in ihrer Nationalitätenpolitik jedenfalls einen schmalen Grad: Mit der Lösung der Nationalitätenproblematik im multinationalen Staat konnte die affirmative Stellung zu diesem Staat, der durch derartige Reformen ja gerettet werden sollte, nicht vermieden werden. Die Problematik von Sozialdemokratie/Austromarxismus bestand also darin, Lösungen der Nationalitätenfrage innerhalb der Monarchie zu suchen, was wiederum zu deren Stabilisierung beitragen musste, oder »die Lösung« auf die Zeit nach dem (immer weniger) erwarteten revolutionären Umbruch zu verschieben. Bereits im Vorfeld hatte der *Brünner Parteitag* schwerwiegende Differenzen zwischen den verschiedenen nationalen Gruppierungen deutlich werden lassen. Längst ging es nicht mehr allein um die Frage, inwieweit die Sozialdemokratie zum Zusammenleben der Nationen in einem multinationalen Staatswesen beitragen konnte, sondern um die Frage, ob dieses Staatswesen überhaupt noch gerettet werden und nicht viel eher ein lockerer Bund freier, dem nationalstaatlichen Vorbild folgender Territorialverbände kreierte werden sollte, deren gemeinsame Beziehungen sich im Wesentlichen auf wirtschaftliche, vielleicht auch militärische Angelegenheiten beschränkten.<sup>13</sup> »Die grundlegende Schwäche des Programms lag darin«, führt Hans Mommsen in seinem Klassiker zur Sozialdemokratie und der Nationalitätenfrage dazu aus, »daß es die wirtschaftlichen Interdependenzen unberücksichtigt ließ und eine Lösung der österreichischen Nationalitätenfrage durch die Isolierung der nationalen Angelegenheiten von den politischen Machtgegensätzen und durch ihre Lokalisierung anstrebte.«<sup>14</sup>

Der Nationalitätenkonflikt erfasste schließlich auch die Partei: Die Bevorzugung und Privilegierung der deutsch-österreichischen Arbeiter rief den Nationalismus der Nicht-Deutschen

14 Mommsen 1963, p. 336.

15 Butterwege 1991, p. 81.

16 Ibid., p. 81f.

17 Zit. n. Berchtold 1967, pp. 158-163,  
hier p. 162.

18 Renner, Karl [Rudolf Springer]: *Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat*. Erster Teil: Das nationale Problem als Verfassungs- und Verwaltungsfrage. Leipzig, Wien: Deuticke 1902, p. 1.

hervor, der sich an der Basis stark verbreiterte, während an der Spitze eine deutschnationale Akzente setzende politische Klasse existierte, die anschlussbereit war.<sup>15</sup> 1911 gründeten die Tschechen eine eigene Partei, die südslawischen und italienischen Sozialdemokraten folgten.<sup>16</sup> Das Projekt einer multinationalen Organisation, das die Sozialdemokratie für die Donaumonarchie anstrebte, war somit auf der Ebene der Partei bereits gescheitert. In der Sozialdemokratie war es v.a. Karl Renner, der an einem Erhalt des Staatswesens interessiert war, während die Linke um Otto Bauer insbesondere nach dessen Rückkehr aus der russischen Kriegsgefangenschaft sich von diesem Ziel distanzierte. Im von Bauer formulierten und 1918 veröffentlichten *Nationalitätenprogramm der Linken* wurde nun vehement das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gefordert. Österreich zerfiel diesem programmatischen Entwurf gemäß in sieben Sprachgebiete. Jede Gemeinde sollte selbst auf der Basis einer demokratischen Abstimmung entscheiden, wohin sie gehören wollte. Auch die »Einheit und Freiheit der deutschen Nation« geriet somit nicht nur als kulturelles, sondern auch als politisches Ziel ins Blickfeld, denn »die Vereinigung aller Deutschen in einem demokratischen Gemeinwesen« erschien nun als realistische Perspektive<sup>17</sup> – der multinationale Staat war hingegen gescheitert.

### 3. Karl Renner: Nationen ohne Nationalismus

#### 3.1 Staat, Nation und kulturelle Autonomie

Bereits zur Jahrhundertwende beschäftigte sich der junge Karl Renner mit der Nationalitätenproblematik. Erster Ausdruck dieser theoretischen Befassung war ein unter dem Pseudonym »Synopticus« 1899 erschienenes Werk, das den Titel *Staat und Nation* trug. Nur drei Jahre später publiziert ein Rudolf Springer, hinter dem sich erneut der junge Renner verbirgt, die Schrift *Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat*. Der in der Parlamentsbibliothek arbeitende Renner veröffentlichte aus politischen Gründen unter verschiedenen Namen, was ihm nicht nur ermöglichte, von seinem Arbeitgeber (dem Staat) als politischer Autor unentdeckt zu bleiben, sondern auch ausführlich aus eigenen Schriften zu zitieren und seine Argumentation durch wechselnden Identitäten zu stützen. In einem vermutlich 1936/37 verfassten Manuskript, das der Nachlassverwalter Renners, Jacques Hannak, erst spät entdeckte und postum veröffentlicht hat, greift Renner die Gedanken zur Nationalitätenfrage wieder auf. Offensichtlich unbemerkt oder zumindest unkommentiert vom Herausgeber blieb übrigens, dass wortidentische Passagen aus Renners *Selbstbestimmungsrecht der Nationen* sich in dem Text aus Renners Nachlass befinden. Die Lektüre der frühen Schriften Renners zeigt, dass dieser offensichtlich mit Textbausteinen arbeitete, was viele ähnliche oder gleichlautende Passagen erklärt.

Der Anspruch der frühen Texte bestand für den politisch aktiven Juristen darin, jenseits des politischen Tagesgeschäftes und Haders auf wissenschaftlicher Basis die Problematik der Nation zu analysieren und Lösungsvorschläge für die sozialdemokratische Politik zu skizzieren. Der Tenor von Renners Texten zeichnete sich aber darüber hinaus durch das Bemühen aus, auf der Ebene der (gleichsam objektiven) Wissenschaft zu argumentieren und den Parteimann nicht allzu sehr nach außen zu kehren. Schließlich sei es ja »die königliche Mission der politischen Wissenschaft« die »Resultierende aus allen widerstreitenden Tendenzen zu suchen«, sie hingegen »im Reiche der Praxis wirklich zu ziehen und so das allgemeine Interesse zu realisieren ist die Aufgabe des Staates und des Staatsmannes«.<sup>18</sup> An diesem Zitat wird bereits das Renner'sche Staatsverständnis deutlich. Während mit den Mitteln der Wissenschaft die Problematik klar und umfassend aufgearbeitet werden muss, kommt dem Staat eine Art Moderatorenrolle zu, in der er zwischen den verschiedenen Nationalkulturen vermitteln und Rahmenbedingungen schaffen soll, die ein gemeinsames Zusammenleben ermöglichen. Der Staat ist der neutrale Schlichter der unterschiedlichen sozialen und national-kulturellen Interessen.

Die Nation ist für Renner im Wesentlichen eine Kulturgemeinschaft, insbesondere in der nationalen Sprache und Literatur verkörpere sich deren Einheit.<sup>19</sup> Nation und Staat fallen für Renner keineswegs zusammen. Kultur kreiert einzig die Nation, nicht der Staat. Die Nation müsste die kulturellen Angelegenheiten (Schule, Kunst, Literatur) selbst verwalten und dafür auch mit der notwendigen Finanzhoheit ausgestattet werden. Das Schulwesen etwa könnten die Nationen selbst besorgen, diese müssten aber für ein Bildungsminimum garantieren können; für die »unterentwickelten Nationen« sollte der Staat die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Demgegenüber müssten wesentliche politische Agenden wie soziale

19 Ibid., p. 55.

19 Renner, Karl [Synopticus]: Staat und Nation. Staatsrechtliche Untersuchung über die möglichen Principien einer Lösung und die juristischen Voraussetzungen eines Nationalitätengesetzes. Wien: [Eigenverl.] 1899, p. 30.

20 Ibid., p. 21.

21 Renner 1902, p. 10f.

Wohlfahrt oder auch die innere und äußere Sicherheit beim Staat verbleiben. Die »Scheidung der Interessensphären« zwischen Staat und Nation gestaltete sich folglich relativ einfach: »Ersterer fördert die materielle, letztere die geistige Cultur.«<sup>19</sup>

In der bereits zitierten Frühschrift von 1899 hatte Renner formuliert, wie er sich die »innere Gliederung« der kulturautonomen Nationalitäten vorstellte: Vom lokal konstituierten Orts- und Bezirkssprengel über die nationale Gemeinde bis zu der aus vielen Gemeinden bestehenden Nation könnte eine mehrstufige Organisationsebene geschaffen werden, die als »Rechtssubjekt des öffentlichen und privaten Rechtes« konstituiert werden sollte.<sup>20</sup> Um den Träger der nationalen Autonomie zu bestimmen, nahm Renner folgende Differenzierungen vor: Der Nationalitätenproblematik könne man sich zum einen über die atomistisch-zentralistische Schule nähern, andererseits über die kollektiv-föderalistische. Erkennt die erste nur das Verhältnis zwischen Individuum und Staat für bedeutsam an, unterwirft die zweite das Individuum der Nation und erst durch diese dem Staat. Die Nation ist also staatsbildender Faktor.<sup>21</sup> Renner tritt diesem atomistisch-individualistischen Ansatz entgegen und definiert demgegenüber die Nation als ein »Kollektivganzes«, eine Einheit, die sich zwischen Staat und Individuum schiebt. Nationen werden gleichsam als staatliche Interessengruppen betrachtet. Nicht nur den einzelnen Individuen, auch den Nationen als Kollektiv müssten bestimmte Rechte zuerkannt werden.

Die kulturelle Autonomie ist folglich das politisch-praktische Herzstück der Renner'schen Konzeption. Mit diesem Instrument wollte er den nationalistischen Sprengstoff entschärfen und das Funktionieren eines Nationalitäten(bundes)staates garantieren. Die Frage der Territorialität wurde dabei nicht ausgeklammert, aber in ihrer Bedeutung relativiert. Denn es sollte nach Renner territoriale Einheiten in einem multiethnischen Staat geben, in denen dann die nationale Kultur praktiziert werden kann. Für Renner gab es also zwei verschiedene Ebenen, aus denen ein Dualismus aus Kultur und Staat resultierte. Die Ebene der nationalen Kultur, in der Autonomie vom Staat herrschen sollte, aber auch die gesamtstaatliche Ebene in der Gestalt eines starken Wirtschafts- und Sozialstaats. Die optimale politische Kombination dieser Ebene definierte Renners politische Zielperspektive.

Wenn aber die Nation nicht durch das von ihr besiedelte Territorium definiert wurde, welches Kriterium sollte dann ausschlaggebend sein?

22 Renner 1902, p. 13.

23 Cf. auch Blum 1985, p. 51.

24 Renner 1902, p. 65.

25 Cf. Guber, Franz: Das Selbstbestimmungsrecht in der Theorie Karl Renners. Eine soziologische Untersuchung. Würzburg: Creator 1986, p. 125.

26 Renner, Karl: Die Nation: Mythos und Wirklichkeit. Manuskript aus dem Nachlaß. Hg. v. Jacques Hanak. Wien, Köln, Stuttgart, Zürich: Europa 1964, p. 88.

### 3.2 Personalitätsprinzip und Bekenntnis

Eine weitere Differenzierung Renners machte die praktischen Konsequenzen seiner Konzeption deutlich. Die als Gegenstück zur verworfenen atomistisch-individualistischen Schule charakterisierte kollektiv-föderalistische Richtung unterteilte Renner wiederum in die Anhänger des Territorial- und des Personalverbandssystems.<sup>22</sup> Seine Vorstellungen sahen national-kulturelle Autonomie auf der Grundlage des Personalitätsprinzips vor. Die Nation erschien darin nicht als territorial definierte Einheit, sondern bezeichnete Menschengruppen, die insbesondere durch Sprache und Sitten miteinander verbunden sein sollten.<sup>23</sup> Zentral für Renners Verständnis ist, dass er das Personalitätsprinzip mit dem Bekenntnisprinzip verbindet (analog zu den Konfessionen). »Ueber die Nationszugehörigkeit kann nichts anderes entscheiden als die freie Nationalitätserklärung des Individuums vor der dazu kompetenten Behörde. Dieses Selbstbestimmungsrecht des Individuums bildet das Korrelat jedes Selbstbestimmungsrechtes der Nation«, führte er dazu aus.<sup>24</sup> Die Nation ist geistige und kulturelle Gemeinschaft und definiert sich folglich nicht durch das Territorium. Sie artikuliert sich kulturell, bspw. durch ihre Nationalliteratur. Dabei ist auch von Bedeutung, dass Renner sich konsequenterweise von jeder Koppelung von Nation mit »Rasse« distanzierte.

In der Praxis war freilich eine Koppelung mit dem Faktor Territorialität nicht zu vermeiden. Jede Nation lebte nach Renner in einem mehr oder weniger geschlossenen Gebiet. In seiner 1902 erschienenen Schrift orientierte er sich an den vorhandenen Verwaltungseinheiten der Kreise, die nationale Einheiten auf der Basis des individuellen Selbstbestimmungsrechtes bilden sollten. Das volle nationale Recht galt im geschlossenen Siedlungsgebiet, im Mischgebiet Mehrheits- und Minderheitsrecht, außerhalb des Nationsgebiets hingegen das Individualrecht der einzelnen Nationsangehörigen in der Form des Schutzrechtes.<sup>25</sup> Folglich existierte auch die Notwendigkeit eines Minderheitenrechtes. »Das korporative Minderheitenrecht muß dort beginnen, wo die Nation geschlossen und dicht genug siedelt, um selbst die Aufgaben eines Sprengels zu erfüllen«, formulierte Renner dazu. »Dort, wo sie zum Beispiel so siedelt, daß sie einen Schulsprengel füllt, soll sie die Schule auch als die eigene besitzen.«<sup>26</sup>

27 Ibid., p. 104.

28 Renner, Karl: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in besonderer Anwendung auf Österreich. Zugleich zweite umgearb. Aufl. von des Verfs. Buch »Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat«. Erster Teil: Nation und Staat. Leipzig, Wien: Deuticke 1918, p. 18.

29 Ibid., p. 23.

30 Renner 1964, p. 121.

31 Ibid., p. 55.

### 3.3 Die zwei Gesichter der Internationale

Die ursprünglich 1902 publizierte Schrift der *Kampf der österreichischen Nationen* wurde von Renner überarbeitet, 1918 neu aufgelegt und in der Argumentation den neuen Verhältnissen angepasst. Es hatte nun wenig Sinn, für den Erhalt der Donaumonarchie einzutreten. Eine wesentliche Realisierungsebene der Vorstellungen Renners zur Nationalitätenfrage existierte somit nicht mehr, und es ist kein Geheimnis, dass der Sozialdemokrat Renner bis zuletzt an Optionen zur Erhaltung der Donaumonarchie mitgewirkt und deren Zerfall noch Jahre später bedauert hat. Die »Zertrümmerung Österreich-Ungarns« durch die Siegermächte und die Begründung von souveränen Nachfolgestaaten wäre »zum Unheil für alle Beteiligten und für ganz Europa« erfolgt.<sup>27</sup> An der Zielperspektive multinationaler Staatswesen als globales Ordnungssystem hielt Renner aber auch noch nach deren Ende fest.

Im (bürgerlichen) Zeitalter des Nationalismus sah Renner das Völkerrecht zwischen den Nationalstaaten im Wesentlichen als anarchischen Zustand an, den erst der Sozialismus beenden werde: Die Rechtsordnung werde erst dann abgeschlossen sein, wenn sie das Faustrecht der Staaten »durch den ordentlichen Rechtsgang internationaler Gerichtsbarkeit und Exekution« ersetzt haben werde.<sup>28</sup> Eine Aufhebung der nationalen Besonderheiten war damit aber keineswegs verbunden, ganz im Gegenteil: Wie auch bei Otto Bauer erscheint die Nation keineswegs als ein anachronistisches Phänomen, das der Sozialismus zu überwinden hätte: »Der Sozialdemokrat hält die Nation für unzerstörbar und für nicht zerstörens-wert.«<sup>29</sup>

Renners staatliches Entwicklungsmodell verlief in drei Phasen: den Nationalstaaten folgten die multinationalen Staatengebilde, die wiederum Vorstufen einer überstaatlichen Nationsgemeinschaft darstellten, wodurch der Staat im klassischen Sinne überwunden wurde und die Nation zu ihrer höchsten Entfaltung gelangen konnte. Vom Kommen dieser neuen Internationale war Renner zumindest vor dem 2. Weltkrieg noch fest überzeugt. Doch diese Internationale hatte zwei Gesichter, denn sie konnte aus einem »Auslesekampf aller mit allen« resultieren und eine weltbeherrschende und freiheitsunterdrückende Nation hervorbringen, aber auch durch den Weltfrieden geschaffen werden, denn dieser begründet »den freien Bund der Nationen und bedeckt die Erdoberfläche mit einem köstlichen Mosaik unendlich bunter Prägung menschlicher Physis und Geistigkeit«. Dann könnten auch die »so wertvollen Sonderkulturen der Nationen« gedeihen.<sup>30</sup>

Dass es aber über diese Entfaltung der nationalen Kulturwerte hinaus Tendenzen der kulturellen Vereinheitlichung – mobilisiert durch neue Medien – geben könnte, scheint dem Nationentheoretiker Renner nicht entgangen zu sein: »Die Nachkriegszeit aber«, beklagte er, »bringt geradezu eine Überflutung aller Nationsgrenzen durch gemeinsame Werte der Kultur und Unkultur dieser Welt, eine Überflutung, die zum erstenmal bis hinab in die Dörfer dringt.« »Radio und Kino« erkannte er als »die Instrumente dieser Entwicklung«.<sup>31</sup>

### 4. Otto Bauer: Nationale Schicksalsgemeinschaft und deutsche Kulturmission

Otto Bauers zentrale Schrift zur Nationalitätenthematik erschien bereits 1907 und trug den Titel *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*. Ein kürzerer Text aus dem gleichen Jahr, *Deutschtum und Sozialdemokratie*, kann ergänzend dazu gelesen werden.

#### 4.1 Deutsche Kulturmission

Als Otto Bauer seine Schrift *Deutschtum und Sozialdemokratie* verfasste, war er gerade Mitte zwanzig. Der Text muss in seinem politisch-polemischen Kontext gesehen werden. Er ist als Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen zu lesen, denen der Anspruch, die »wahren« Vertreter des Deutschtums zu sein, von Bauer abgesprochen wird. Denn als Verbündete der Kapitalisten wären sie gleichsam ein Hemmnis der kulturellen Entfaltung der deutschen Nation. Die Aufgaben »einer wirklich nationalen Politik«<sup>32</sup> würden hingegen von niemand anderem als der Sozialdemokratie wahrgenommen. Wie erklärt sich dieser zunächst paradoxe Befund? Das Wachstum der deutschen Nation werde heute verhindert, argumentiert Bauer, weil deren Anteil an der (Industrie-)Arbeiterschaft besonders hoch und somit deren Lebensbedingungen besonders schlecht seien. Nur eine Hebung des Lebensstandards der deutschen Arbeiter aber könnte zu einem Wachstum der deutschen Kultur beitragen. Deswegen seien nicht die Deutschnationalen, sondern eben jene die Anwälte des (kulturellen) Deutschtums,

32 Bauer, Otto: Deutschtum und Sozialdemokratie. In: Ders.: Otto Bauer. Werkausg. Hg. v. d. Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der Österr. Arbeiterbewegung. Wien: Europa 1975 [EA 1907], p. 27.

33 Ibid., p. 29.

34 Ibid., p. 32.

35 Ibid., p. 44.

36 Ibid., p. 34.

37 Ibid., p. 43.

die sich für die (deutsche) Arbeiterklasse einsetzen. Diese Schlussfolgerung ist durchaus mit Bauers kulturtheoretischer Konzeption, wonach die Ausbildung einer nationalen Kultur letztlich ein gesamtgesellschaftliches Phänomen sein müsse, kompatibel.

»Die Politik der besitzenden Klasse kann keine wahrhaft nationale Politik sein«, denn, so Bauer, »Parteien, die sich auf die besitzenden Klassen stützen, von ihnen gewählt werden, können keine wahrhaft nationalen Parteien sein.«<sup>33</sup> Bedingt durch die beabsichtigte Stoßrichtung der Argumentation gegen die Vertreter des Deutschnationalismus, kommt Bauer der »Logik« der adressierten Gegner allerdings relativ weit entgegen. So werden »Machtverhältnisse« im multiethnischen Staat auf der Basis demografischer Entwicklungen darwinistisch im Sinne eines »Kampfes der Kulturen« diskutiert. Jene Nationen, deren Bevölkerung schneller wachse, schufen so die Basis für künftige Machtpositionen. Trotz der Befürwortung politisch-kultureller Autonomie, die hier bereits anklingt, bleibt die Vorstellung einer deutschen Kulturmission präsent: »Wer will leugnen«, fragt Bauer rhetorisch, »daß deutsche Wissenschaft und deutsche Philosophie, deutsche Bildung und deutsche Kunst sich mit dem Besten, was die anderen Nationen geschaffen haben, messen dürfen?«<sup>34</sup> Die Deutschen wären »die zahlreichste, kulturell höchstentwickelte und reichste Nation in Österreich«,<sup>35</sup> zur kulturellen Führung also gleichsam prädestiniert.

Doch diese Einschätzung war für Bauer keineswegs nationalistisch. Die Ideologie des Nationalismus war vielmehr die Ideologie der Bourgeoisie. Der Klassenkampf der deutschen Arbeiterschaft hatte für Bauer die Aufgabe, den deutschen Arbeitern den Anteil an ihrer nationalen Kultur zu erstreiten. Die Deutschen sollten zu einer großen nationalen Kulturgemeinschaft vereint und dadurch die arbeitenden Männer und Frauen des deutschen Volkes »erst wahrhaft zu guten Deutschen« gemacht werden.<sup>36</sup> Trotz dieser Emphase für das Deutschtum insistierte Bauer jedoch auf dem Anspruch der Gleichbehandlung der Nationen im Habsburgerreich. Deren Selbstverwaltung bezeichnete er als unverzichtbar; davon, dass tschechische Kinder in den deutschen Gebieten Böhmen, Mährens und Schlesiens gezwungen werden sollten, deutsche Schulen zu besuchen, hielt er nichts. »Die neun Millionen Deutschen in Österreich können sich kein Recht erkämpfen, das sie den sechzehn Millionen der anderen Nationen versagen.«<sup>37</sup>

38 Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. [2. Aufl. 1924]. In: Ders. 1975], pp. 49-622, hier pp. 152-156.

39 Ibid., p. 153 [i.O. Hervorh.].

40 Ibid., p. 366.

41 Ibid., p. 154 [i.O. Hervorh.].

42 Ibid., p. 155.

## 4.2 Kultur und Klasse: Kultureller Materialismus

Bauers Nationentheorie ist zugleich auch Kulturtheorie: Über Kultur verfügen demzufolge immer nur die besitzenden Klassen, die Ungebildeten und Besitzlosen wären gleichermaßen kulturlos. Erst der Kampf der Arbeiterklasse, der auch ein Kampf um Teilhabe und Aneignung des kulturellen Erbes ist, könnte diese Dynamik durchbrechen: Der Achtsturentag, höhere Löhne und Schulbildung stellten dafür unabdingbare Voraussetzungen zur Verfügung. So sei es gerade der Kapitalismus, der solcherart wieder (nicht-intentional) eine Kultur des ganzen Volkes erzeugt habe:<sup>38</sup> »Die Entstehung der modernen nationalen Kulturgemeinschaft ist möglich geworden durch den Fortschritt der Produktivkräfte«, davon war Bauer überzeugt.<sup>39</sup> Denn die Herausforderung des Sozialismus erzeuge das Interesse der Kapitalisten an den Massen. Die Junker wollten nun die Bauern und Handwerker hinter sich scharen, um das gefährlich werdende Proletariat zu bekämpfen. Unumstößliche Fakten wären durch die sozioökonomische Entwicklung bereits geschaffen worden: durch die Entwurzelung der Bevölkerung und ihren Ausbruch aus der engen Kleingemeinschaft, durch die Klassen- und Berufsbildung, die Demokratie, die sein Erzeugnis sei, die Volksschule, die allgemeine Wehrpflicht und das gleiche Wahlrecht. Materielle Güter und politische Errungenschaften mündeten evolutionär in den ersehnten Kulturfortschritt: »Reichtum und Freiheit«, so Bauer, »sind die Voraussetzungen aller Kultur«.<sup>40</sup> Aber erst der Sozialismus ermögliche somit die wahre Kulturgemeinschaft, er erscheine als Kulturbewegung *par excellence*. Der Kapitalismus hingegen, obwohl er unabdingbare Voraussetzungen für eine nationale Kultur schaffe, begrenze zugleich den Anteil der Massen an dieser Kultur. Der Grund dafür liegt in Bauers materialistischer Kulturtheorie, wonach sich materielle Güter in geistige Kultur verwandelten, zu suchen: »So ist es das Gesetz unserer Zeitalter, daß die Arbeit der einen zur Kultur der anderen wird.«<sup>41</sup>

Somit konnte Bauer das Diktum des kommunistischen Manifestes, wonach der Kapitalismus im Proletariat seine eigenen Totengräber erzeugte, auf den kulturellen Bereich übertragen. Denn der Kapitalismus könne die Nation als Kulturgemeinschaft nicht vollständig entstehen lassen, »weil jedes Stückchen geistiger Kultur zur Macht in den Händen der Arbeiterklasse wird, die ihn dereinst niederstreckt.«<sup>42</sup>

43 Ibid., p. 60f.

44 Ibid., p. 53.

45 Ibid., p. 315 [i.O. Hervorh.].

46 Ibid., p. 167.

47 Ibid., p. 169.

48 Ibid., p. 74.

49 Ibid., p. 247.

50 Ibid., p. 619.

51 Ibid., p. 570.

### 4.3 Nationen als Schicksalsgemeinschaft

Im Vorwort zur zweiten Auflage von *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage* präzierte Otto Bauer noch einmal den inhaltlichen Kern seiner Nationendefinition. Die Nation und ihr Unterschied zu anderen Nationen sollten nicht aus Essenzen und objektiven Gegebenheiten wie Sprache oder Territorium, sondern vorwiegend aus der Besonderheit ihrer Geschichte heraus begriffen werden. Die Nationalität des einzelnen Individuums sei daher das Historische an ihm und in ihm. Die Aufgabe der Wissenschaft wäre es nun, die Eigenart der einzelnen Nationen, die nationale Komponente in der Eigenart der Individuen, mit den Mitteln der marxistischen Geschichtsforschung zu begreifen. Auf diese Art gelinge es auch, »den trügerischen Schein der Substantialität der Nation, dem alle nationalistische Geschichtsauffassung erliegt, aufzulösen«.43

Bauers Versuch, Nationen im Rahmen einer marxistischen Geschichtsauffassung als »aus Schicksalsgemeinschaften erwachsene Charaktergemeinschaften« zu begreifen,44 gilt als das theoretische Kernstück des Buches, das jedoch auch mit konkreten Lösungsansätzen für die Nationalitätenfrage im Habsburgerstaat aufwartet. Seine Aussage, wonach »(n)ationaler Haß« »transformierter Klassenhaß«45 sei, argumentierte noch marxistisch: Bauer brach jedoch auch mit marxistischen Auffassungen, wonach die Nationalcharaktere im Sozialismus verschwinden würden. Diese könnten sich in einer klassenlosen Gesellschaft sogar noch stärker entfalten: Denn »es wäre übereilt, [...] zu schließen, daß die Ausgleichung der materiellen Kulturinhalte die Nationen nun auch völlig einander gleich machen werde«.46 Auch die selbstbestimmten Nationen würden im Sozialismus an die je nationale Kultur anknüpfen: »Darum bedeutet die Autonomie der nationalen Kulturgemeinschaft im Sozialismus notwendig, trotz der Ausgleichung der materiellen Kulturinhalte, doch steigende Differenzierung der geistigen Kultur der Nationen.«47 Wesentliche Auffassungen werden hier präzisiert: die Notwendigkeit nationaler Autonomie innerhalb des multiethnischen Gesamtstaates; die Nation als nicht nur durch Sprache, sondern durch Geschichte, durch gemeinsames »Schicksal« verbundene Einheit; das Postulat der kulturellen Überlegenheit des Deutschtums bei gleichzeitiger Distanz vom Deutschnationalismus und dessen Ontologisierung des Nationalcharakters. »Der Nationalcharakter«, so folgert Bauer, »ist keine Erklärung, er ist zu erklären«.48

Bauers Vorstellungen trafen sich zum Teil mit jenen Renners, etwa in der Frage der kulturellen Autonomie. Bauer distanzierte sich aber stärker von der Monarchie als jener. Seine Sympathien für die von Renner teils glorifizierte Habsburgermonarchie (als Vielvölkerstaat) waren gering, die Einheit einer deutschen Nation hingegen von hoher Relevanz. Bauer »historisierte« die Nation stärker als dies bei Renner der Fall war. Er differenzierte die Nationen aber auch, indem er zwischen Nationen, die auf einer gewachsenen Nationalkultur beruhten und den »geschichtslosen Nationen« unterschied. Am Beispiel der Albaner sprach er sogar von Nationen ohne Kultur. Dem lag ein ausgesprochen hierarchischer Kulturbegriff zugrunde. Geschichtslos sei eine Nation deshalb, »weil ihre nationale Kultur in jenem Zeitalter, in dem bloß die herrschenden Klassen die Träger einer solchen Kultur waren, keine Geschichte, keine Weiterentwicklung kennt«.49 Sobald aber die Massen sich der nationalen Kultur bemächtigen, könnten auch solche geschichtslosen Nationen erwachen, wie dies bspw. bei den Tschechen im 19. Jahrhundert der Fall gewesen sei; diese Nation sei unter den geschichtslosen Nationen am raschesten vom modernen Kapitalismus erfasst worden.

Bauer folgte in den praktischen Konsequenzen seiner theoretischen Überlegungen Renner. Das Nationalitätenprogramm des *Brünner Parteitages* sollte ergänzt und die nationalen Minderheiten als öffentlich-rechtliche Körperschaften konstituiert werden.50 Abzuwehren gelte es demgegenüber den nationalen Revisionismus. Denn in der internationalistischen Perspektive sollten sich »(a)lle Nationen zu gemeinsamer Beherrschung der Natur« vereinigen, zugleich aber »die Gesamtheit [...] in nationale Gemeinwesen gegliedert« sein, »die zu selbständiger Entwicklung und freiem Genuß ihrer nationalen Kultur berufen sind«. Das sei das »Nationalitätsprinzip des Sozialismus«.51

### 4.2 Die Entscheidung der »Judenfrage« durch Assimilation

Hinsichtlich der »Judenfrage« vertrat Bauer einen »heftigen Assimilationismus«, kritisiert Enzo Traverso.52 Die Befürwortung der jüdischen Assimilation war charakteristisch für die sozialdemokratische Parteispitze. In einem antisemitischen politischen Klima wollte sie auch

52 Traverso, Enzo: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943). Mainz: Decaton 1995, p. 95.



53 Jacobs, Jack: Sozialisten und die »jüdische Frage« nach Marx. Mainz: Decaton 1994, p. 107f.

54 Bauer 1975 (*Nationalitätenfrage*), p. 431.

55 Traverso 1995, p. 93.

56 Bauer 1975 (*Nationalitätenfrage*), p. 435.

jeden Eindruck vermeiden, eine besonders »judenfreundliche« Partei zu sein und griff bei der Abwehr dieses Vorwurfs mitunter selbst auf antisemitische Klischees zurück. Damit korrespondierte eine antizionistische Haltung, aber auch eine Ablehnung eigener jüdischer Organisationen innerhalb der Sozialdemokratie. Schon in Victor Adler aber auch in seinem Sohn Friedrich fand diese Haltung besonders entschlossene Vertreter. Max Adler aber auch Julius Braunthal gehörten zu den wenigen führenden Sozialdemokraten, die in dieser Frage Sympathien für jüdisches Nationalbewusstsein artikulierten.<sup>53</sup>

Wie argumentierte Otto Bauer für diesen Assimilationismus? Die nationale Autonomie sollte nach der Vorstellung Bauers (und wie wir das bereits bei Renner gesehen haben) auf dem Personalitätsprinzip basieren: Das Bekenntnis einer Person zu einer Nation sollte als Voraussetzung für ihre Aufnahme in einen nationalen Kataster dienen. Die Autonomie, die Bauer den Tschechen, den Italienern, den Polen, den Ruthenen, zugestehen wollte, akzeptierte er für jüdische Autonomiebestrebungen nicht. Seine Interpretation ergab sich scheinbar konsequent aus der zugrunde liegenden Kulturtheorie: In West- und Mitteleuropa hörten die Juden, so argumentierte er, wegen starker Assimilationstendenzen auf, eine Nation zu sein, in Osteuropa hingegen konnten sie keine sein, weil sie dort nur die Beherrschten bildeten, die eben nicht kulturschaffend waren. Das Potenzial der Juden, unter diesen Voraussetzungen zur Nation zu werden, schätzte Bauer gering ein. Im Interesse des Klassenkampfes wollte er andere Prioritäten setzen. Es sollten nämlich die jüdischen Arbeiter kulturell den Arbeitern anderer Nationen ähnlicher werden, denn »[i]n vielen Betrieben dulden auch heute noch die christlichen Arbeiter keinen jüdischen Arbeitskollegen. Diese Abneigung entspricht nicht etwa politischem Antisemitismus, sondern dem naiven Instinkt gegen die fremde Art der nichtassimilierten Juden«, führte er dazu aus.<sup>54</sup>

Somit müssten, um eine Klasseneinheit zwischen den jüdischen und den christlichen Arbeitern zu erlangen, erstere die »Sitten« der anderen übernehmen. Bauer verteidigte das Recht der Tschechen auf nationale Autonomie – nicht nur in Böhmen, sondern auch in Österreich – und verweigerte sie gleichzeitig den galizischen Juden, die er als zur Assimilation verdammt erklärte. Von einer »Inkohärenz« dieser Haltung zur austromarxistischen Theorie der Nation schreibt deshalb Enzo Traverso.<sup>55</sup> Wie dieser Assimilationsprozess ausgehen werde, inwieweit die Juden in anderen Nation aufgehen oder Eigenständiges bewahren könnten, wie sich die Zukunft der Juden also gestalten werde, darüber werde letztlich die »geschlechtliche Zuchtwahl« entscheiden, wie der Darwinist Bauer formulierte: »Junger Männer Liebeswerben, junger Frauen Liebeswahl wird über diese letzte aller Judenfragen entscheiden.«<sup>56</sup>

### 5. Multikulturalismus – das austromarxistische Konzept als Anwendungsproblem

Die politischen Konzepte von Otto Bauer und Karl Renner weisen zunächst eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten in ihrer Beurteilung der Nationalitätenfrage auf. Ein demokratischer Nationalitätenbundesstaat, der auf einer Kulturautonomie basierte, bildete lange Zeit die gemeinsame Zielperspektive. Die Zugehörigkeit zu einer Nation sollte auf dem freien Bekenntnis des Individuums beruhen. Die Gemeinsamkeit wird auch darin deutlich, dass sich Bauer in seiner Schrift über die *Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie* auf die frühen Schriften von Renner beruft. Das betrifft vor allem die Vorstellungen zur konkreten Implementierung der kulturellen Autonomie. Als die beiden Sozialdemokraten ihre Nationentheorien formulierten, traten sowohl Renner als auch Bauer gegen die Möglichkeit der Loslösung vom Gesamtstaat im Sinne eines »Selbstbestimmungsrechtes der Nationen« auf. Insbesondere nach Bauers Rückkehr aus der russischen Kriegsgefangenschaft, als dieser den linken Flügel der Partei anzuführen begann, wurden aber die Differenzen immer deutlicher. Bauer argumentierte gegen Renners staatszerstörende Position gegenüber dem Habsburgerreich und plädierte verstärkt für eine entschlossene Realisierung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen.<sup>57</sup> Während also Bauer in der Lösung der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie nur eine Übergangslösung sah, war Renner von der Idee einer demokratischen Weltgesellschaft beseelt, für die der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn ein Modell sein sollte.<sup>58</sup>

Das Problem der Politikfähigkeit der austromarxistischen Konzeption kann sicherlich unterschiedlich beurteilt werden. Für Alfred Pfabigan waren die austromarxistischen Nationentheoretiker gerade aufgrund ihrer Standortgebundenheit zum Scheitern verurteilt: Denn mit ihrer Präferenz für den Fortbestand der Donaumonarchie wären die Austromarxisten bei jenen Bevölkerungsgruppen in ein schiefes Licht geraten, von denen die Stimmung, in einem

57 Riesbeck, Peter: Sozialdemokratie und Minderheitenrecht. Der Beitrag der österreichischen Sozialdemokraten Otto Bauer und Karl Renner zum internationalen Minderheitenrecht. Saarbrücken: Verl. für Entwicklungspolitik 1996, p. 93.

58 Guber 1986, p. 48.

59 Pfabigan 1991, p. 101.

60 Taylor, Charles: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1993, pp. 28-33.

61 Marko, Joseph: Multikulturelle Gesellschaft und Demokratie. Zur Einführung in eine schwierige Beziehung. In: Ders./ Burkert-Dottolo, Günther R. (Hg): Multikulturelle Gesellschaft und Demokratie. Baden-Baden: Nomos 2000, pp. 9-19, hier p. 19.

»Völkerkerker« zu leben, immer deutlicher artikuliert wurde. Dadurch wären diese Völker und Nationen aber als Bündnispartner verlorengegangen, während auf der anderen Seite jene, die für den Fortbestand der Monarchie eintraten, Gegner sozialer Reformen waren: »Trotz des ihm attestierten Bemühens um Fairness für die Regelung der Zukunft«, resümiert Pfabigan, »hatte der Austromarxismus also auch ein Defizit an Empathie gegenüber den sich als benachteiligt erlebenden nicht-deutschen Völkern.«<sup>59</sup>

An entscheidenden Schnittstellen des Multikulturalismus werden die Probleme der austromarxistischen Konzeption deutlich:

Otto Bauer und Karl Renner anerkannten die Differenz zwischen den Nationen in der Habsburgermonarchie. Ihre »innere« Differenz erschien vorrangig als Produkt der Klassengesellschaft. Durch den auf Literatur und Bildung konzentrierten Kulturbegriff konnten Möglichkeiten kultureller Ausdrucksformen jenseits des Kanons, also eine Kultur der unterdrückten Nationen, Klassen und Gruppen, kaum ins Blickfeld geraten. Mit diesem Kulturbegriff hat es aber auch zu tun, dass der Preis für die Anerkennung der Differenz der Nationen in der Hierarchisierung der verschiedenen Nationalkulturen bestand, die auf einem normativ festgesetzten Kulturfortschritt basierte. Denn die Annahme einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Führungsrolle des (fortschrittlicheren) Deutschtums war im Austromarxismus äußerst lebendig.

So gesehen bewegte sich der Austromarxismus, um mit Charles Taylor (1993) zu sprechen, im Spannungsfeld einer »Politik der Anerkennung« und einer »Politik der Differenz«: Während die Politik der Anerkennung auf das Universelle, das allen Gemeinsame von Individuen und Gruppen abzielt, betont die Politik der Differenz die Identität, das Unverwechselbare und Besondere. Die Assimilation ist deswegen die Feindin der Differenzpolitik. Wird dieses Spannungsverhältnis auf die Werteebene transferiert, seitens einer Politik der Differenz also nicht nur die Anerkennung der grundsätzlichen Gleichwertigkeit aller Menschen, sondern die Gleichwertigkeit all dessen, was von Individuen und Gruppen tatsächlich gemacht und geschaffen wird, gefordert, geraten diese Konzepte in Konflikt.<sup>60</sup> Während die auf Differenz insistierenden Multikulturalisten konsequenterweise an einer notwendigen Ausweitung des kulturellen Kanons festhalten, liegt der Anerkennungspolitik meist ein homogenes, hegemoniales Kulturverständnis zugrunde, das sich einer solchen Erweiterung entgegen stellt.

In diesem Sinne waren die führenden Austromarxisten Repräsentanten eines hegemonialen Kulturverständnisses. Zugleich widersetzte sich der Austromarxismus den deutschnationalen Forderungen nach Vorrechten der deutschen Nation und rassistischen Deutungen der Nationalitätenfrage. Denn die Definition der Nation beruhte letztlich nicht auf biologischen, »rassistischen« oder anderen »objektiven« Merkmalen wie Territorium, Sprache oder Charakter – auch wenn gerade die beiden Letzteren als entscheidende Faktoren der Nationalkultur analysiert wurden – sondern auf freier, individueller Entscheidung.

Wenn der Sinn des Multikulturalismus darin besteht, »Kultur nicht als Ab- und Ausgrenzungsmedium« zu sehen, sondern der »Grenzüberschreitung« dienen solle,<sup>61</sup> dann kann der Austromarxismus bestenfalls sehr bedingt als Impulsgeber einer multikulturellen Gesellschaft gesehen werden. Die politische Theorie des Austromarxismus war einerseits emanzipatorisch orientiert, indem sie benachteiligten Nationen kulturelle Autonomie zugestehen und zu deren freier Entwicklung beitragen wollte, sie war aber andererseits selbst Teil eines »kolonialistischen« Diskurses, indem sie die Nationalkulturen in ihrer Differenz hierarchisch definierte. Sowohl der Assimilationismus gegenüber den »geschichtslosen« Nationen als auch seine hierarchische Präferenz für das deutsche Kulturerbe zeugen davon. Gleichwohl sollte die Bewertung nicht aus dem historischen Kontext gerissen werden und das Bemühen der Sozialdemokratie, auf demokratischer Grundlage ein Zusammenleben der Nationen zu ermöglichen als weit über den zeitgenössischen, nationalistischen Kontext hinausgehendes Projekt gesehen werden, dessen zeitbedingte »Pathologien« (erkennbar etwa am sozialdarwinistischen Vokabular Bauers) eine Übertragung auf die Gegenwart ohnedies fragwürdig erscheinen lassen.

Ob die Perspektive von Karl Renner und Otto Bauer einer Verstärkung der (nicht der Assimilation anheim gefallenen) nationalen Besonderheiten in einer freien und gleichen Gesellschaft zuträglich war, ist nicht zu beantworten: Erstens fehlen uns die Maßstäbe für eine solche Bewertung der Verstärkung nationaler Besonderheiten, und zweitens sind wir wohl weit von jener »Internationale« entfernt, in deren Rahmen es zu einer weiteren Ausdifferenzierung der Nationalkulturen kommen sollte. Ob diese Aussicht auf das Gedeihen nationaler Sonderkulturen aber in jedem Fall wünschenswert ist, das steht auf einem anderen Blatt.



